

Insgesamt bestätigte die Neujahrsansprache den Eindruck, daß Jiang Zemin seine politische Energie in stärkerem Maße als bisher den auswärtigen Beziehungen Chinas zu widmen gedenkt. -hei-

### 17 Neue Bestimmungen zur Kontrolle der Internet-Nutzung

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat neue Bestimmungen zur Regulierung der Internet-Nutzung in China erlassen, die Ende Dezember 1997 in Kraft getreten sind. Die neuen Regeln gehen über erste vorläufige Vorschriften hinaus, die im Februar 1996 und im Mai 1997 bekanntgegeben wurden, um insbesondere der Verbreitung politisch sensibler Informationen sowie pornographischen Materials über das Internet Einhalt zu gebieten. (FT, 31.12.1997/1.1.1998; AWSJ, 31.12.1997)

In den 25 Paragraphen der neuen Bestimmungen werden die Vergehen nun konkreter benannt: Das ungenehmigte Eindringen in Computersysteme („hacking“), die Plazierung von Computerviren, die Verbreitung von Pornographie und Gewaltdarstellungen, die Nutzung des Internet für „spalterische Aktivitäten“ (das heißt in der Tibet-, Xinjiang- und Taiwanfrage) wie auch die „Diffamierung“ von Regierungsstellen werden verboten. Nicht nur für Internet-Nutzer, sondern auch für die Internet-Dienstleister („provider“) sind empfindliche Geldstrafen vorgesehen, wenn sie gegen die Bestimmungen verstoßen.

Internet-Dienstleister werden der Aufsicht durch die Behörden für Öffentliche Sicherheit unterstellt. Von ihnen wird zudem erwartet, daß sie die Polizei bei der Verfolgung von Mißbrauchsfällen aktiv unterstützen. Keine Angaben wurden darüber gemacht, inwiefern die Polizeibehörden zusätzliche Kapazitäten (technische Ausstattung, Finanzmittel und Personal) erhalten werden, um Ermittlungen gegen Internet-Vergehen durchzuführen.

Nach offiziellen Angaben waren im Oktober 1997 insgesamt 49.000 Netzdienstleister und 250.000 PCs in Chi-

na registriert, die Zugang zum Internet haben. Die tatsächliche Zahl der Internet-Nutzer dürfte jedoch sehr viel höher liegen. Hinzu kommt eine äußerst lebendige und dynamisch wachsende Vernetzung zwischen der VR China, Hongkong und Taiwan sowie anderen auslandschinesischen Gemeinden. Die SVR Hongkong unterliegt jedoch nicht den neuen chinesischen Bestimmungen, sondern lokalen Regulierungsmaßnahmen für das Internet, die unverändert in Kraft bleiben. -hei-

### 18 Die Dominanz han-chinesischer Funktionäre in Tibet und die neue Generation tibetischer Parteikader

In einer umfassenden Studie (*Leaders in Tibet: A Directory*) hat das Tibet Information Network die politischen Institutionen sowie die derzeitige politische Führungsschicht in der „Autonomen Region“ Tibet (ART) einer detaillierten Analyse unterzogen. Insgesamt sind 1.200 Funktionäre in Leitungspositionen in der Studie aufgeführt. Der Bericht stützt sich zum Teil auf interne Dokumente chinesischer Regierungs- und Parteistellen. (Eine Kurzdarstellung findet sich im Internet unter „ftp://coombs.anu.edu.au/coombspapers/otherarchives/asianstudies-archives/tibetan-archive/tibet-recent-history/tar-new-leaders-dec97.txt“)

Die Studie stellt die offiziellen Angaben Beijings zum Anteil tibetischer Funktionäre in politischen und administrativen Führungspositionen in Frage. Der amtlichen Statistik zufolge werden 82% der Führungspositionen oberhalb der Kreisleitungsebene in der ART von Tibetern besetzt. Die Studie des Tibet Information Network aber kommt zu dem Ergebnis, daß tatsächlich 64% dieser Positionen von Han-Chinesen eingenommen würden und daß Tibeter häufig nur in „zeremoniellen“ Funktionen Verwendung fänden. Han-Chinesen kontrollierten den Großteil der Leitungspositionen in Parteiorganisation, Polizei, Militär und Wirtschaftsbehörden.

Der Bericht kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, daß die bisher in

Führungspositionen aktiven Tibeter, die häufig aus der alten aristokratischen Oberschicht stammten, zusehends durch eine jüngere Generation tibetischer Kader ersetzt werde, die in den letzten zwanzig Jahren außerhalb Tibets in chinesischen Schulen und Hochschulen ausgebildet worden sind und fast durchweg der Kommunistischen Partei Chinas angehören.

Diese „einheimischen“ Funktionäre sollen aus der Sicht Beijings in den kommenden Jahren die Legitimität der chinesischen Herrschaft über Tibet auch im westlichen Ausland demonstrieren. Aufgrund der Rivalitäten um Führungspositionen komme es jedoch zwischen den jüngeren tibetischen Kadern und den nach Tibet entsandten han-chinesischen Kadern zusehends zu Spannungen. -hei-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 19 Chinas Spitzenuniversitäten

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik hat die hinsichtlich wissenschaftlicher Forschung fünf besten Universitäten des Landes benannt. Ermittelt wurden die Spitzenuniversitäten aufgrund der Zitierhäufigkeit der wissenschaftlichen Arbeiten in amerikanischen Zitationsindizes im Jahre 1996. Danach nehmen die Nanjing-Universität, die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei) und die Fudan-Universität (Shanghai) die Spitzenpositionen in Chinas naturwissenschaftlicher und technologischer Forschung ein. Insgesamt haben Wissenschaftler aus der VR China (ohne Hongkong, Macau und Taiwan) 1996 27.569 Arbeiten in internationalen Zeitschriften veröffentlicht oder auf internationalen Symposien vorgelegt. Dies wird als ein Zuwachs von 4,4 Prozent gegenüber 1995 beziffert (zu 1995 vgl. C.a., 1995/12, Ü 10). Damit rangiert China hinsichtlich der Zahl

der veröffentlichten Artikel in internationalen Zeitschriften an elfter Stelle in der Welt. (XNA, 20.12.97)

Die aufgrund der Zitierhäufigkeit ermittelte wissenschaftliche Leistung ist allerdings nicht allein ausschlaggebend für das Renommee einer Universität oder Hochschule. Dies zeigt sich u.a. daran, daß die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik nicht zu dem illustren Kreis der zehn renommiertesten Universitäten Chinas zählt, deren Präsidenten kürzlich eine Vereinigung gegründet haben, die das Ziel verfolgt, den akademischen Austausch untereinander zu fördern. Bei diesen zehn Universitäten handelt es sich um die folgenden: Qinghua-, Shanghai Jiaotong-, Beijing-, Xi'aner Jiaotong-, Fudan-, Nanjing- und Zhejiang-Universität sowie die drei Hongkonger Universitäten City University of Hong Kong, Chinese University of Hong Kong und Hong Kong University of Science and Technology. Die Gründungsversammlung fand Ende November 1997 an der Fudan-Universität statt. Dort sowie an der Qinghua-Universität und an der Chinese University of Hong Kong unterhält die Vereinigung Verbindungsbüros. (XNA, 28.11.97)

Die formelle Zusammenarbeit zwischen den zehn Spitzenuniversitäten Chinas dient vor allem zwei Zwecken: Zum einen soll die Integration der Hongkonger Universitäten in das chinesische Hochschulsystem vorangebracht werden, zum anderen erfüllen die qualitativ besten Universitäten eine Vorreiterfunktion hinsichtlich der Reform des tertiären Bildungssektors. -st-

## 20 Stand der Hochschulreform

Die Anfang der neunziger Jahre eingeleitete Hochschulreform umfaßt als wesentliche Bestandteile die Strukturreform, die Reform der Finanzierung und die Reform der Lehre. Auf allen drei Gebieten sind inzwischen Fortschritte erzielt worden. So ist insbesondere die Strukturreform vorangekommen. Ihre Ziele sind die Abkehr von der einheitlichen zentralstaatlichen Planung, die Verlagerung der Verantwortlichkeit auf die lokale Ebene und die Stärkung der Hochschulau-

tonomie. Von den tertiären Bildungseinrichtungen Chinas werden zur Zeit bereits 86 gemeinsam von der Zentrale und den lokalen Regierungen (in der Regel Provinzbehörden) verwaltet. Ferner wurden 184 Hochschulen zu 73 zusammengelegt, und 228 Institutionen kooperieren auf die eine oder andere Art mit anderen Hochschulen. Außerdem gibt es 178 Hochschulen, die enge Kooperationen mit gut 4.500 Unternehmen und Forschungsinstitutionen unterhalten. Acht bislang der Zentrale unterstellte Hochschulen wurden Lokalregierungen zugeführt. Die Tendenz ist deutlich, daß sich die Zuständigkeit einer Stelle zugunsten arbeitsteiliger Verantwortung ändert, wobei den Provinzregierungen die Hauptverantwortung zukommt. Was die Finanzierung betrifft, so ist mit der generellen Einführung von Studiengebühren, 1997 ein wesentlicher Punkt der Hochschulreform abgeschlossen worden, d.h. die „zweigleisige“ (*binggui*) Zulassung von Studenten, also die Aufnahme von Studenten nach staatlichem Plan (das sind staatlich finanzierte Studenten, die Mangelfächer studieren, an denen der Staat Bedarf hat) und von Selbstzahlern, bei denen die betr. Hochschule größere Freiheit hat, wird nunmehr landesweit praktiziert. (GMRB, 19.12.97)

Was die Reform der Lehre betrifft, so wurde vor allem der Katalog der Studienfächer der sozioökonomischen Entwicklung angepaßt. Konkret bedeutet dies eine Reduzierung der Studienfächer mit dem Ziel, vom engen Fachwissen wegzukommen und den Studenten eine breitere wissenschaftliche Grundlage zu vermitteln und die Ausbildung am aktuellen Bedarf zu orientieren. Der alte Fächerkatalog, der gut 500 Fächer umfaßte, wurde um etwa 50% gekürzt. Den neuen Fächerkatalog wird die Staatliche Bildungskommission Anfang 1998 bekanntgeben. (Ebd.)

Die o.a. Zahlen zur Strukturreform der Hochschulen lassen Fragen offen. So ist unklar, ob sie nur reguläre, d.h. hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln finanzierte Hochschulen oder auch nichtstaatliche Hochschulen beinhalten. Für letzteres spricht, daß in der obigen Aufstellung sich die Zahl der Hochschulen durch Zusammenlegung

um 111 verringert hat. Bei den regulären Hochschulen war seit Beginn der neunziger Jahre nach offiziellen Angaben jedoch lediglich ein Rückgang von knapp 50 zu verzeichnen. -st-

## 21 Reduzierung der Hochschulen in Beijing

Nach dem Boom neuer Hochschulgründungen in den achtziger Jahren wird in den neunziger Jahren in der Hochschulpolitik der Schwerpunkt nunmehr auf Qualitätssteigerung gelegt. Diese wird durch Schließung tertiärer Bildungseinrichtungen oder durch Zusammenlegung erreicht. Während von der Schließung hauptsächlich nichtstaatliche Institutionen bedroht sind, die nicht über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, betrifft die Zusammenlegung oder Angliederung an eine andere Hochschule nicht nur qualitativ schlechtere Hochschulen, sondern häufig gerade solche von guter Qualität. Denn durch Zusammenlegung können Ressourcen gebündelt und die Qualität gesteigert werden. Wie dem auch sei, in den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der regulären Hochschulen in ganz China von 1994: 1.080 auf 1996: 1.032 gesenkt worden (vgl. *Statistical Yearbook of China 1997*, S.638).

Ein Beispiel für die mancherorts drastische Reduzierung ist Beijing. Dort wurde die Zahl der der Stadt unterstellten Hochschulen in den vergangenen Jahren von 26 auf 12 verringert; zugleich erhöhte sich die Kapazität von durchschnittlich 1100 auf durchschnittlich 3420 Studierende und das Lehrer-Studenten-Verhältnis von 1:6 auf 1:8. Inwieweit die Reduzierung auf Schließung oder auf Zusammenlegung zurückzuführen ist, wurde nicht mitgeteilt. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich auch unter den der Stadt unterstellten Hochschulen solche befinden, die höchsten wissenschaftlichen Anforderungen genügen. Denn von den 12 noch bestehenden städtischen Hochschulen wurden zwei in das „Projekt 211“ aufgenommen, nämlich die Beijinger Industriehochschule und die Hauptstadtische Pädagogische Hochschule. Das „Projekt 211“ wurde 1995 etabliert und beinhaltet den Plan, 100 ausgewählte Universitäten und Hochschulen sowie Zentren für Schlüssel-

wissenschaften zu erstklassigen Forschungsinstitutionen auszubauen, die im 21. Jh. mit den besten der Welt konkurrieren können (vgl. dazu C.a., 1995/11, Ü 18). Außerdem wurden die Hauptstädtische Medizinische Hochschule, die Hauptstädtische Wirtschafts- und Handelshochschule und die Verbundsuniversität Beijing (*Beijing lianhe daxue*) in den Status einer Schwerpunkthochschule erhoben. (Vgl. GMRB, 12.12.97)

Beide Maßnahmen, Reduzierung und Qualitätssteigerung, hängen eng zusammen, denn die durch Schließung oder Zusammenlegung freigewordenen Mittel kann die Stadt nun in die Schwerpunkthochschulen und vor allem in die in das „Projekt 211“ aufgenommenen Universitäten stecken. -st-

## 22 Berufsaussichten für Hochschulabsolventen

Die Berufsaussichten für Hochschulabsolventen sind in China in den letzten Jahren trüber geworden. Bislang garantierte der Staat den Absolventen staatliche Stellen, denn er finanzierte das Studium und leitete daraus eine Art Verfügungsrecht über den beruflichen Einsatz der Studenten ab. Diese Ära geht nun zuende. 1994 wählte die Staatliche Bildungskommission 46 Universitäten aus, die versuchsweise Studiengebühren einführen konnten. 1996 wurde die Reform auf 660 weitere Hochschulen und im Jahre 1997 auf alle Hochschulen ausgedehnt. Im Jahre 1998 wird sich erstmalig ein relativ hoher Anteil der Hochschulabsolventen selbst eine Stellung suchen müssen, nämlich 90.000; das sollen 10% des Absolventenjahrgangs 1998 sein; 1999 werden es 50% und bis 2001 alle Absolventen sein (XNA, 6.12.97). Die Jobsuche ist jedoch zunehmend mit Schwierigkeiten verbunden. Selbst der Staat ist nicht mehr in der Lage, alle staatlich finanzierten Studenten mit einer staatlichen Stellung zu versorgen. Von den Absolventen der Beijinger Hochschulen des Jahres 1997 beispielsweise konnten fast 7000 (15% aller Beijinger Absolventen) nicht vermittelt werden. Dabei müßte eigentlich großer Bedarf an Fachleuten mit Hochschulstudium herrschen, denn bislang verfügen in China nur 3% der Bevölkerung über

eine Hochschulbildung, während es in den entwickelten Ländern 30-50% sind. Selbst in Beijing, der Stadt mit dem höchsten Anteil an Studierenden, haben nur 13% der Bevölkerung ein Hochschulstudium absolviert. (Vgl. RMRB, 30.12.97)

Die Gründe, weshalb Hochschulabsolventen heutzutage trotz großen Bedarfs Probleme haben, eine passende Stellung zu finden, liegen auf der Hand: Viele Staatsbetriebe befinden sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und können kein neues Personal einstellen, und die staatlichen Institutionen sind ebenfalls gezwungen, Personal abzubauen. Hinzu kommt, daß viele Arbeitgeber die Qualifikationen der Studienabsolventen aufgrund veralteter Ausbildungsstrukturen für nicht mehr ausreichend halten. Die derzeitigen Absolventen haben noch nicht von der Reform der Ausbildungsgänge an den Hochschulen profitiert. Unter diesen Umständen wird ihnen von offizieller Seite empfohlen, ihre Jobwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Die meisten streben eine Stellung in großen Unternehmen oder großen Institutionen in den Großstädten an, von denen sie sich Prestige, höhere Gehälter und Auslandsaufenthalte versprechen. Doch solche Stellen sind heute rar geworden, und deshalb wird den Studenten geraten, sich auf mittlere und kleinere Betriebe in Kleinstädten und auf die unterentwickelten und entfernten Inlandgebiete zu konzentrieren. Dort herrsche großer Bedarf an qualifizierten Fachleuten, und dort würden sie mit Sicherheit Jobs finden. (Ebd. und XNA, 20.12.97)

Weniger schwierig dürfte es für Postgraduierte (Magister und Promovierte) sein, eine Stellung zu finden, denn sie unterliegen dem staatlichen Plan, und in den meisten Fächern besteht großer Bedarf an hochqualifizierten Fachleuten. 1998 werden 51.000 Postgraduierte ihr Studium abschließen. Von ihnen gehen rund 12.000 an ihre alten Arbeitsstellen zurück, während sich 39.000 einen Arbeitsplatz suchen müssen. Dabei wird zumeist das Prinzip der „Wahl in beide Richtungen“ zur Anwendung kommen, d.h. die Postgraduierten können sich einen Arbeitsplatz aussuchen, und die einstellenden Insti-

tutionen können sich ebenfalls einen Bewerber auswählen. Vorrangig wird mit den Postgraduierten der Bedarf der Hochschulen und Forschungsinstitute sowie staatlicher High-Tech-Unternehmen gedeckt. Doch zugleich ermuntert die Staatliche Bildungskommission die Postgraduierten auch, in die westlichen Landesteile zu gehen, wo sie am dringendsten gebraucht würden. (GMRB, 4.12.97) -st-

## 23 Neues aus Chinas gentechnologischer Forschung

China nimmt in der Gentechnologie eine führende Stellung in der Welt ein. Zur Versorgung der großen Bevölkerung kommt dabei der Genveränderung von Nahrungs- und Nutzpflanzen besondere Bedeutung zu, und hier hat China bereits große Erfolge zu verzeichnen. So steht die Entwicklung einer „Superreis“-Sorte fast vor der Vollendung. Mitte Dezember hat der als „Vater von Hybridreis“ bekannte Agrowissenschaftler Yuan Longping, Mitglied der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, die Entwicklung dieser Hohertrags-Reissorte bekanntgegeben. Die von seiner Forschungsgruppe entwickelte Reissorte soll einen durchschnittlichen Hektarertrag von 13,26 t erbringen, was deutlich höher liegt als die vom International Rice Research Institute (IRRI) aufgestellte Zielmarke von 12 t. Das IRRI hatte 1989 ein Programm zur Züchtung von Superreis aufgelegt mit dem Ziel, eine Reissorte zu entwickeln, die in 120 Tagen Reifezeit einen Hektarertrag von 12 t ermöglicht. Der chinesische „Superreis“ wurde 1997 in drei Städten der Provinz Jiangsu in 120 Tagen Reifezeit auf 0,24 ha Versuchsfeldern gezogen. Das Projekt wurde von dem in Changsha ansässigen China National Hybrid Rice R and D Center im Auftrag des chinesischen Landwirtschaftsministeriums durchgeführt. Zu dem Programm zählt auch die Entwicklung weiterer Hohertrags-Reissorten mit unterschiedlichen Reifezeiten und ökologischen Bedingungen. Bis der „Superreis“ im ganzen Land angebaut werden kann, dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen, denn zunächst

muß die experimentelle Basis erweitert werden. (XNA, 15.12.97)

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung herbizid- und schädlingsresistenter Getreidesorten und anderer Nutzpflanzen. Gegenwärtig werden in China 47 verschiedene Arten von gentechnologisch veränderten Pflanzen entwickelt. An der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften läuft z.B. ein Projekt zur Entwicklung krankheitsresistenter Baumwolle. Diese wird derzeit in neun Provinzen auf 566 ha Demonstrationsfeldern angebaut. Unter der Leitung der Jiangsu-Akademie der Agrarwissenschaften wird mit Beteiligung von 18 Forschungsinstituten ebenfalls ein gentechnologisches Projekt zur Entwicklung schädlingsresistenter Baumwolle durchgeführt. Die im Rahmen dieses staatlichen Schlüsselprojektes entwickelten Sorten sollen Weltniveau haben und gegen 80% der wichtigsten Baumwollschädlinge resistent sein und diese Eigenschaft auf die nachfolgenden Generationen vererben. Bei diesen Baumwollsorten kann der Gebrauch von Pestiziden um 50% gesenkt werden. In den vergangenen drei Jahren wurden die neuen „Trans-Gen“-Baumwollsorten auf 1.670 ha Versuchsfeldern in Jiangsu, Anhui und Henan getestet. Die Erträge lagen um mindestens 8% höher. (XNA, 23.12.97) Auch eine der hauptsächlichen Weizenkrankheiten konnte durch Genveränderung besiegt werden; dadurch konnten die Weizenträge auf den Versuchsfeldern um 20 Prozent gesteigert werden. Diese neuen Sorten haben jedoch das Versuchsstadium noch nicht überschritten, und es ist nicht damit zu rechnen, daß die neue Weizensorte die Probleme in Chinas Getreideversorgung in naher Zukunft wird lösen können. (XNA, 16.12.97)

Auch an Tieren macht die Gentechnologie Fortschritte. So gelang es dem Biotechnologischen Labor Nanshan für Schafe und dem Biotechnischen Forschungszentrum in Hutubi im Autonomen Gebiet Xinjiang, beides biotechnologische Labore für Vieh, die dem Landwirtschaftsministerium unterstehen, menschliche Gene in Schafe einzuführen, um auf diese Weise aus deren Milch Insulin zu gewinnen. In beiden Laboren wurden menschi-

che DNA in Schafsamens injiziert und durch künstliche Befruchtung Schafe gezüchtet, die menschliches Proinsulin produzierten. Durch diese Genveränderung soll es möglich sein, große Mengen menschlichen Proteins und Insulins preiswert zu produzieren. Da es derzeit in China noch nicht möglich ist, Protein-Medikamente auf Massensbasis herzustellen, könnte die neue Methode der Gewinnung von Insulin in China einen Durchbruch in der Behandlung von Diabetes bedeuten. (XNA, 18.12.97)

Nicht zuletzt muß das menschliche Genomprojekt erwähnt werden, an dem 16 chinesische Forschungsinstitute beteiligt sind und das von der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung finanziert wird. In dem Projekt geht es um drei Komplexe: das Anlegen von Genbanken mit unsterblichen Zellen, um die Gene repräsentativer Nationalitäten und bedrohter ethnischer Minderheiten Chinas zu speichern, die Einführung neuer Techniken in der Humangenetik und die Erforschung der Rolle von genetisch bedingten Krankheiten beim Menschen. Was den ersten Komplex angeht, so haben die chinesischen Wissenschaftler 733 „cell lines“ von zwei Gruppen von Han-Chinesen aus Nord- und Südchina sowie von 12 Ethnien in Südwest- und Nordostchina vollendet und vergleichende Studien über die Unterschiede der Genome des Vielvölkerstaates durchgeführt. Auch beim Klonen von Genen, die in Zusammenhang mit Krankheiten wie z.B. Leukemie stehen, konnten Fortschritte erzielt werden. (XNA, 9.12.97) Ein positiver Effekt gerade dieses Projektes ist es, daß die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Forschungsinstituten und Humangenetikern gefördert wird, denn die Humangenetik ist ein sehr aufwendiges Forschungsgebiet, das nur kooperativ angegangen werden kann. Insofern ist dieses Großforschungsprojekt geeignet, die chinesische Forschungslandschaft aufzubrechen und die sonst eher unkoordiniert arbeitenden Forscher zusammenzuführen. -st-

## 24 Feldforschungszentren für praxisorientierte Forschung

In den vergangenen Jahren hat China ein landesweites Netz von Feldforschungs- und Beobachtungszentren errichtet, das der wissenschaftlichen Erforschung und Erhebung der Situation Chinas in bezug auf Ressourcen, Umwelt und Landwirtschaft dienen soll. Angesichts der durch wachsende Bevölkerung, knappe Ressourcen und sich verschlechternde Umweltbedingungen verursachten kritischen Lage soll die wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten Ökologie, Ressourcen, Biologie und Agronomie, einschließlich Klima- und Katastrophenforschung, verstärkt werden. Inzwischen gibt es 112 solcher Forschungszentren und Beobachtungsstationen, die u.a. den Zustand der Wälder, Seen und Wüsten, aber z.B. auch den Erdmagnetismus erforschen. Federführend ist die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die bislang fast 26,3 Mio US\$ in den Aufbau des Netzes investiert hat; 20 Mio US\$ davon sind Weltbankkredite, die für den Aufbau eines Netzes von Forschungsstationen für ökologische Systeme, biologische Artenvielfalt und Informationsmanagement vergeben wurden. Die in diesen Stationen geleistete Feldforschung liefert die wissenschaftliche Basis für Regierungsentscheidungen. (Vgl. XNA, 10.12.97) Gegenwärtig arbeiten gut 10.000 Feldforscher von 50 Instituten der Akademie der Wissenschaften auf diesen Posten. Eine Gruppe von ihnen wurde anlässlich der zweiten Konferenz über Feldforschung, die im Dezember 1997 in Beijing stattfand (die erste hatte 1983 stattgefunden) vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Jiang Chunyun empfangen. Auf der Tagung wurden Berichte von Feldforschern u.a. über Golderzprospektierung, Bemessung der Getreideproduktion, Wiederherstellung des Ökosystems und die Kontrolle von Schädlingen auf Baumwollpflanzen gegeben. (XNA, 14.12.97)

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Lu Yongxiang, lobte die Arbeit der Feldforscher, die in den vergangenen 10-12 Jahren gute Arbeit geleistet hätten. Er hob insbesondere fünf Punkte hervor: 1. Durch das Sammeln verlässlicher Informatio-

nen habe man mehr Klarheit über die Ressourcenbasis in China erhalten, was vor allem auch für die Wissenschaftspolitik wichtig sei. 2. Die Feldforscher hätten zur Entwicklung der Industrie beigetragen. 3. Durch ihre Arbeit sei eine Reihe von neuen Fächern und Theorien geschaffen worden. 4. Im Rahmen der Feldarbeit sei eine ganze Reihe hervorragender Wissenschaftler herangezogen worden, von denen einige bedeutende Theroien aufgestellt oder wichtige Entdeckungen gemacht hätten. 5. Viele Feldforscher hätten eine vorbildliche patriotische und aufopferungsvolle Haltung bewiesen. (GMRB, 10.12.97)

Daß der Ausbau von Forschungs- und Beobachtungsstationen für Feldforschung mit relativ großem Nachdruck erfolgt, ist nicht zuletzt als Zeichen für die Anwendungsorientiertheit wissenschaftlicher Forschung in China zu werten. Dabei dürften für China vor allem Sicherung und Ausweitung seiner Rohstoffbasis und seiner landwirtschaftlichen Erträge im Vordergrund stehen. Der Umweltschutz, für den die Weltbankkredite in erster Linie gedacht waren, wird voraussichtlich nur so weit Berücksichtigung finden, als er nicht mit den beiden erstgenannten Zielen kollidiert. -st-

## 25 Tagung über Sprach- und Schriftreform

Im Dezember 1997 fand in Beijing eine nationale Konferenz über die Sprach- und Schriftarbeit in China statt. Sie wird als die wichtigste Tagung auf diesem Gebiet seit 1986 bezeichnet, denn sie faßte nicht nur die Erfahrungen der vergangenen zwölf Jahre zusammen, sondern legte auch die Ziele für die weitere Arbeit nach der Jahrhundertwende fest. Als höchster Politiker sprach Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident Li Lanqing auf der Konferenz. Er betonte, daß die Sprach- und Schriftarbeit ein wichtiger Bestandteil des Aufbaus einer sozialistischen Kultur und der Modernisierungspolitik sei. Die wichtigsten Aufgaben der Sprach- und Schriftarbeit seien die Standardisierung und Normierung der Sprache und Schrift sowie deren Anpassung an das wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und gesellschaftliche Ent-

wicklungsniveau Chinas. Seit 1986, so hieß es, habe die Sprach- und Schriftarbeit entsprechend den großen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben deutliche Fortschritte erzielt. So sei die Arbeit in bezug auf die Verbreitung der Allgemeinsprache (*putonghua*) und die Standardisierung der Schriftzeichen intensiviert worden. Insbesondere habe man sich um die Standardisierung der gebräuchlichen Schriftzeichen bei Verlagen, Computerprogrammen, Partei- und Regierungsinstitutionen und Schulen bemüht. Die Situation habe sich insgesamt verbessert.

Der Leiter der Kommission für Sprach- und Schriftarbeit Xu Jialu legte den Rechenschaftsbericht vor und erläuterte die künftigen Aufgaben. Danach sollen bis Mitte des nächsten Jahrhunderts die Standardisierung von Sprache und Schrift sowie das Kontrollsystem auf allen relevanten Gebieten vervollkommen werden. Bei der Standardisierung soll größtmögliche Einheitlichkeit erreicht werden. Ferner soll die Allgemeinsprache innerhalb des gesamten Staatsgebietes verbreitet sein (also auch in Hongkong und Macau), so daß es bei der Kommunikation keine Barrieren durch Dialekte mehr gibt. (RMRB, 24.12.97)

Die hier genannten Ziele bestätigen den konservativen Kurs der Sprach- und Schriftarbeit. Hinsichtlich der Sprache bleibt die Einführung der Allgemeinsprache oberstes Ziel; sie dient nicht nur der reibungslosen Kommunikation, sondern mit ihr werden auch nationale Ziele verfolgt, denn ein einheitliches Sprachgebiet würde die Einheitsstaatidee in besonderem Maße unterstreichen. Davon ist man allerdings weit entfernt; seit den achtziger Jahren werden die Dialekte wieder stark gepflegt, selbst im Schulunterricht überwiegen sie vielerorts. Auch an der Schriftpolitik läßt sich der zunehmend nationale Charakter der Kulturpolitik der Partei erkennen. Es geht hier allein um die Standardisierung der Schriftzeichen, d.h. die Ausschaltung von Schreibvarianten und die einheitliche Einführung der Kurzzeichen. Die Einführung einer latinisierten Umschrift steht nicht mehr zur Debatte (vgl. dazu C.a., 1992/12,

Ü 16 u. 17). Auch die Schrift ist weit von jeder Einheitlichkeit entfernt. Nicht nur sind verschiedene Varianten von Kurzzeichen im Umlauf, auch der Gebrauch von Lang- und Kurzzeichen geht durcheinander, und - der Partei ein besonderer Dorn im Auge - der Gebrauch von Fremdworten und die Durchsetzung chinesischer Texte, insbesondere Reklame, mit amerikanischen Worten werden immer beliebter. Insofern bleibt der Kommission auch im nächsten Jahrhundert viel Arbeit. -st-

## 26 Maßnahmen zur besseren Kontrolle der Wanderbevölkerung

Die stetig zunehmende Zahl der Wanderarbeiter, die inzwischen die 100-Millionen-Grenze überschritten haben dürfte, stellt die Behörden der verschiedenen Verwaltungsebenen vor große Probleme, die der Staat mit verschiedenen Maßnahmen zu bewältigen sucht. Nachdem 1995 erstmalig eine nationale Konferenz zu dem Thema stattfand (vgl. C.a., 95/7, Ü 9), haben bis heute 26 Provinzen Führungsgremien zur Kontrolle der Wanderbevölkerung unter Leitung der Partei gebildet. In besonders betroffenen Provinzen wurden auch auf den unteren Ebenen (Kreise, Städte usw.) entsprechende Gremien gegründet, so daß ein ganzes Netzwerk von Kontrollinstanzen entstanden ist. Mit diesen Kontrollgremien, so heißt es, versuche man Ordnung in die Migrantenströme zu bekommen, und mancherorts wohl mit gewissem Erfolg. So stieg z.B. in Shanghai der Anteil der Wanderarbeiter mit regulärer temporärer Aufenthaltsgenehmigung im Jahre 1996 auf 76,5%, der Anteil derjenigen mit offizieller Arbeitserlaubnis stieg ebenfalls an. Insgesamt haben 17 Provinzen umfangreiche Maßnahmenkataloge zur Kontrolle der Wanderbevölkerung herausgegeben.

In einigen Städten haben die zuständigen Behörden rigorose Maßnahmen ergriffen, um dem Wohnproblem, der Slumbildung und der Kriminalität beizukommen. Im Bezirk Dahongmen in Beijing beispielsweise sorgten 200 Mitglieder von Arbeitsgruppen und 1000 Polizisten für Ordnung, indem sie rund 10.000 illegal er-

richtete Unterkünfte niederrissen und über 18.000 Leute, die sich illegal in dem Bezirk aufhielten, fortschickten. Zugleich wurde gegen Gesetzesübertreter und Kriminelle vorgegangen und wurden Drogen, Waffen und pornographisches Material konfisziert. Ähnliche Aktionen, vor allem die Rückführung von sich illegal in den Städten aufhaltenden Personen, wurden auch in anderen Gegenden durchgeführt. In Guangdong wurden mehrere zigtausend Wanderarbeiter, die keine Aufenthaltsgenehmigung, keinen festen Wohnsitz und kein reguläres Einkommen hatten, in ihre Heimatorte zurückgeschickt.

Doch es werden nicht nur restriktive Maßnahmen unternommen. Von offizieller Seite wird das Phänomen auch als vorteilhaft gesehen, indem betont wird, daß die Wanderarbeiter in den Städten gebraucht würden und daß viele nach der Rückkehr in ihre Heimatdörfer ein belebendes Element der ländlichen Wirtschaft darstellten. Die Zielorte sind jedoch bemüht, die Wanderbevölkerung unter Kontrolle zu haben, die Wanderbewegungen in offizielle Bahnen zu lenken und die negativen Effekte weitgehend auszuschalten. In diesem Sinne werden auch konstruktive Maßnahmen ergriffen, z.B. werden Wohnungen gebaut, Bildungsprojekte durchgeführt und sonstige Dienstleistungen angeboten. Namentlich in Guangdong, Jiangsu und Fujian wurden in großem Umfang Wohnungen für Wanderarbeiter gebaut, auch Versicherungen, wie z.B. Unfallversicherungen, werden für die Wanderarbeiter eingerichtet. Die Bildungsprojekte für Erwachsene reichen von Schulungen über das Rechtssystem bis zu allen möglichen fachlich oder kulturell ausgerichteten Kursen. Besonderer Wert wird auf die Schulbildung der Kinder von Wanderarbeitern gelegt. Um die Schulpflicht bei diesen Kindern durchzusetzen, wurden 1996 diesbezüglich in einigen Provinzen probeweise Bestimmungen erlassen (vgl. C.a., 1996/6, Ü17), die jetzt landesweit eingeführt werden und erste positive Wirkung zeigen sollen. Von offizieller Seite wird die Zahl der Migrantenkinder im schulpflichtigen Alter auf 20 Millionen geschätzt.

Obige Ausführungen beruhen auf einem Bericht in der Rechtszeitung *Fazhi Ribao* vom 10.9.97 (nach Auszügen in SWB, 29.11.97). Dem Bericht ist auch die offizielle Haltung zum Problem Wanderarbeiter zu entnehmen. Diese werden akzeptiert insofern, als sie in den Großstädten, insbesondere in den boomenden Städten der Küstenregionen, als billige Arbeitskräfte benötigt werden, doch will man ihre Zahl begrenzt und vor allem die Wanderströme unter Kontrolle halten. Als langfristige Politik und einzig sinnvolle Lösung des Problems werden die Rückführung der Wanderbevölkerung in ihre Herkunftsgebiete und der Aufbau ländlicher und kleinstädtischer Industrien in diesen Herkunftsgebieten gesehen, um für die überschüssigen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. -st-

## 27 Patriotische Erziehung in tibetischen Klöstern

Seit Mai 1996 wird in den lamaistischen Klöstern Tibets eine sog. „patriotische Erziehungskampagne“ durchgeführt, die auch in Zukunft fortgesetzt werden soll. Erstmals wurde jetzt ausführlich darüber in der in chinesischer Sprache erscheinenden „Tibetischen Tageszeitung“ (*Xizang Ribao*) berichtet (Ausgaben vom 11. u. 20. 11.97, nach SWB, 8. u. 13.12.97), und zwar beantwortete ein offizieller Vertreter der Regierung der Autonomen Region Tibet Fragen chinesischer Journalisten. Als Grund für die Notwendigkeit der Aktion wurde angegeben, daß die patriotische Erziehung in den Klöstern nötig sei, um den separatistischen Bestrebungen unter den lamaistischen Mönchen und Nonnen zu begegnen und die „normale Ordnung“ in den Klöstern wiederherzustellen. Sie sei eine grundlegende Maßnahme zur Wahrung der Stabilität in Tibet. Die Hauptvorwürfe von Seiten der KP lauten folgendermaßen: Unter dem Einfluß des Dalai Lama herrschten in den Klöstern secessionistische Bestrebungen. Außerdem würden alte feudalistische Denkweisen und Unterordnungsverhältnisse wieder eingeführt, indem die Klöster sich in Verwaltungsangelegenheiten, Schul-

wesen, Rechtswesen usw. einmischten und auf diese Weise die öffentliche Ordnung beeinträchtigten, d.h. sie würden die Trennung von Staat und Religion nicht respektieren. Neben diesen „politischen“ Vorwürfen, die aus Sicht der Chinesen die Einheit und Ordnung des Staates bedrohen, werden auch Anschuldigungen vorgebracht, die die Mönche und Nonnen moralisch disqualifizieren sollen. So heißt es z.B., die religiöse Disziplin und Moral in den Klöstern seien teilweise zu locker, die Rekrutierung von Mönchsnachwuchs geschehe teilweise ohne Beachtung der diesbezüglichen Vorschriften, die Finanzverwaltung der Klöster sei chaotisch, und Kulturdenkmäler würden von den Klöstern gestohlen.

Patriotische Erziehung in den Klöstern bedeutet nach Auskunft des Regierungsvertreters Erziehung im Kampf gegen Sezessionismus, in sozialistischer Demokratie und sozialistischem Rechtssystem, in Nationalitäten- und Religionspolitik, in der Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit und der Anpassung der Religion an die sozialistische Gesellschaft. Zu den konkret ergriffenen Maßnahmen zählen die Einrichtung von Kontrollorganen in den Klöstern, die mit beijing-treuen Mönchen und Nonnen besetzt werden, die Überprüfung und ggf. der Ausschluß von Mönchen und Nonnen aus dem Klerus, die Aufstellung von Vorschriften und Bestimmungen sowie die Stärkung der weltlichen Herrschaft, d.h. die strikte Unterstellung der Klöster unter die staatlichen Verwaltungsorgane.

In der tibetischen Bevölkerung werden diese Maßnahmen gemischte Reaktionen hervorrufen. Bei den Anhängern des Dalai Lama stoßen sie mit Sicherheit auf Ablehnung und sind nicht geeignet, das Vertrauen in die Politik der Zentrale zu stärken. Teile der tibetischen Bevölkerung verhalten sich gegenüber den Chinesen jedoch - aus welchen Gründen auch immer - loyal, und sie werden die „patriotische Erziehung“ nicht von vornherein ablehnen, sondern sich u.U. sogar als Helfer der Chinesen anbieten. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

### 28 „Abwertung der Währung nicht geplant“

Anfang Dezember 1997 versicherte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji gegenüber in- und ausländischen Medienvertretern, daß die Regierung die Währung nicht abwerten wolle. Um dem starken Konkurrenzdruck, der durch die hohen Abwertungen anderer asiatischer Währungen für China entstanden ist, gewachsen zu sein, sollen statt dessen verschiedene Fördermaßnahmen durchgeführt werden.

Welche Maßnahmen zur Förderung der Exporte und der Auslandsinvestitionen im einzelnen vorgesehen sind, wurde noch nicht bekannt. Vermutet wird jedoch, daß hiermit die Einführung von steuerlichen und Zollvergünstigungen für Exporteure gemeint sind. Um die ausländischen Kapitalströme nach China weiterhin zu sichern, hat Zhu Rongji auf die Absicht der Regierung hingewiesen, die steuerlichen Vergünstigungen für den Import von Maschinen und Ausrüstungen für Unternehmen mit Auslandskapital wieder einzuführen.

Inoffiziell sollen Vertreter der Zentralbank auf die Gefahren hingewiesen haben, die von einer Abwertung der festlandchinesischen Währung für die Hongkonger Währung ausgehen. So könnte es zu einer erneuten Destabilisierung des Hongkong-Dollar als Folge von Spekulationswellen kommen, die auf einer Entkoppelung der Hongkonger Währung vom US-Dollar basierten. (FT, 1.12.97) Sollte der Druck zu stark werden und die feste Währungsparität aufgehoben werden, dann gäbe es für China auch weniger Anreize, die Bindung der eigenen Währung an den US-Dollar aufrechtzuerhalten. (AWSJ, 4.12.97)

Die letzte Abwertung der chinesischen Währung war 1994 durchgeführt worden. Da bis dahin ein System gespaltener Wechselkurse bestanden hatte, waren von der Abwertung allerdings nicht alle außenwirtschaftli-

chen Transaktionen betroffen gewesen. So hatte es einen Wechselkurs der Devisen-Swapzentren gegeben, auf denen ausländische und inländische Unternehmen mit Außenhandelslizenz Devisen gegen inländische Währung tauschen konnten. Neben diesem Wechselkurs hatte ein zweiter bestanden, der insbesondere für den Devisenumtausch von Touristen und für einen Teil der Importe von Staatsunternehmen gegolten hatte. Nach Angaben des stellvertretenden Zentralbankpräsidenten Zhou Zhengqing wurde Anfang 1994 bereits der überwiegende Teil der Importgüter über Käufe am Devisen-Swapmarkt finanziert. (Siehe *China aktuell*, Dezember 1993, S. 1160) Nach der Vereinheitlichung der Wechselkurse und Senkung auf das niedrigere Niveau der Devisen-Swapzentren mußten vor allem die Staatsunternehmen mehr für die Importe bezahlen und verloren hierdurch indirekt Subventionen, während die Exporteure hiervon kaum betroffen waren. (NZZ, 8.12.97)

Daß die chinesische Regierung zumindest mittelfristig eine Abwertung durchführen wird, davon gehen einige Händler aus, die in kürzlich abgeschlossenen Terminkontrakten einen niedrigeren Wechselkurs angegeben haben, um ihr Währungsrisiko zu reduzieren. So wurde beispielsweise von der Exco-Gruppe, einem Maklerunternehmen aus Singapur, in einem Terminkontrakt mit einer Laufzeit von 12 Monaten ein Wechselkurs von 9,5096 Yuan genannt. Dies kommt einer rd. 15%igen Abwertung der chinesischen Währung gleich. In einem anderen Terminkontrakt mit einer Laufzeit von sechs Monaten war ein Wechselkurs von 8,6796 Yuan angegeben, ein Abschlag von lediglich 4,6%. (AWSJ, 4.12.97) Anfang Dezember war der Yuan auf dem Devisenmarkt in Shanghai mit einer Bandbreite von 8,2790 Yuan bis 8,2849 Yuan zu 1 US-Dollar gehandelt worden. (AWSJ, 9.12.97)

Nach wie vor ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, und die Regierung hat über Wechselkursänderungen mehrfach die Exportgüterpreise und damit die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt beeinflußt. Sollte China dies Instrument der Handelsförderung nunmehr erneut einsetzen, könnte sich

das entspannte Verhältnis in den Beziehungen zu den USA nach dem Besuch von Jiang Zemin durchaus wieder verschlechtern. (HB, 3.12.97) Fraglich ist jedoch, ob sich sonstige Fördermaßnahmen ausreichend auf eine Verbesserung der Exporte auswirken werden oder ob ein deutlicher Rückgang der Ausfuhren, insbesondere von Textilien, Schuhen, elektrischen Haushaltsgeräten und Bekleidung, eintreten wird. Viele Wirtschaftsexperten rechnen hiermit und leiten daraus negative Wirkungen für das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo ab. (AWSJ, 10.12.97) - schü-

### 29 Erneut Zollvergünstigungen für Ausrüstungsgüterimporte von Auslandsunternehmen

Zum 1. Januar 1998 sollen erneut Zollvergünstigungen für Importe von Ausrüstungen und Anlagen gelten, die von Unternehmen mit Auslandskapital eingeführt werden. Nach Angaben der MOFTEC-Ministerin Wu Yi ist das Ziel der Zollvergünstigungen, Importe von moderner ausländischer Technologie und Ausrüstungen zu ermutigen. Damit soll auch die Industriestruktur verbessert und der technologische Fortschritt beschleunigt werden, um die schnelle, gesunde und nachhaltige gesamtwirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Zollvergünstigungen betreffen Unternehmen mit Auslandskapital, die Ausrüstungen für die interne Nutzung importieren wollen, sowie inländische Projekte, die zu den staatlichen Schwerpunktprojekten zählen. Inländische Projekte, die mit Krediten ausländischer Finanzinstitutionen oder mit ausländischen Regierungskrediten gefördert werden, sollen weitreichendere Zollvergünstigungen erhalten als Projekte, die mit inländischem Kapital finanziert werden. Zu den besonders begünstigten Importen zählen auch solche von Auslandsunternehmen, die in Zentral- und Westchina arbeiten.

Die Ministerin Wu Yi wies darauf hin, daß am 31.12.1997 die Zollbehörden zwei Listen veröffentlichen werden, die die Importzölle von Auslandsunternehmen und die Importe von inländi-